

Ein Blick zurück nicht ohne Stolz

20 Jahre Überparteilichen Fraueninitiative – Berlin, Stadt der Frauen e.V. 1992 bis 2012

20 Jahre Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative thematisch kurz zusammen zu fassen, ist wegen der enormen Vielfalt keine leichte Aufgabe. Versucht man aber die Fülle der Aktivitäten jeweils auf ihren inhaltlichen Kern und den Zeitraum, in dem sie stattfanden, zurück zu führen, so ergeben sich zwei Zuordnungskriterien:

Einerseits wandte sich die Überparteiliche Fraueninitiative immer wieder über den gesamten Zeitraum gesellschaftspolitisch grundlegenden und für die Entwicklung insbesondere von gleichstellungspolitischen Strukturen wichtigen Themen zu, oft lange bevor die parlamentarische Arbeit sie aufgegriffen hatte.

Andererseits reagierte sie auf aktuelle Anlässe, äußerte sich zu neuen politischen Schwerpunkten und neuen Entwicklungen in einem speziellen Arbeitsfeld, zum Teil in eigenen thematischen Veranstaltungen.

Diese Chronik geht exemplarisch auf die Aktivitäten ein. Das Gros der Aktivitäten wurde von der Überparteilichen allein gestemmt; für einen Teil der Arbeit agierte sie mit Bündnispartnerinnen zusammen.

I. Aktivitäten und Veranstaltungen zu gesellschaftspolitisch grundlegenden, strukturell wichtigen Themen

1. Veranstaltungen und Aktionen gegen Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Gewalt

Notwendiger Rahmen für die Weiterentwicklung von Geschlechtergerechtigkeit und Integration ist eine Gesellschaft, in der es mindestens offizieller Konsens ist, sich gegen nationalistische, rassistische und sexistische Verlautbarungen und Taten zu wenden und Gewalt in jeder Form zu bekämpfen. In zahlreichen Stellungnahmen, Aktionen und Veranstaltungen hat die Überparteiliche Fraueninitiative sich hier eingesetzt. Beispiele sind:

- ³⁵/₁₇ der Frauenpolitische Runde Tisch zum Thema Nationalismus-Sexismus-Rassismus,
- ³⁵/₁₇ eine öffentliche Veranstaltung mit anschließender Presseerklärung am 9. November 1992,
- ³⁵/₁₇ Gedenken 2003 zum 60. Jahrestag des mutigen Widerstands der Frauen in der Rosenstraße und offener Brief an die Frauen der Rosenstraße,
- ³⁵/₁₇ Aufruf der "Initiative für ein Europa ohne Rassismus" 2005, bei dem die Überparteiliche zu den Erstunterzeichnerinnen gehörte,
- ³⁵/₁₇ Veranstaltung 2005: Frieden braucht Frauen - zur Arbeit des Frauensicherheitsrates.

2. Frauen- und Menschenrechte

Auch in einer Gesellschaft, die im Grundgesetz die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festlegt, sind Frauenrechte nicht immer in bester Verfassung.

„**Frauen in bester Verfassung**“ war dann auch der Titel des öffentlichen Verfassungspolitischen Runden Tisches, den die Überparteiliche 1993 veranstaltete. Auf dem Podium saß u. a. die damalige Parlamentspräsidentin Dr. Hanna-Renate Laurien. Prof. Dr. Jutta Limbach moderierte. Dieser Auftaktveranstaltung zur deutschen Verfassungswirklichkeit folgten weitere Veranstaltungen, z.B. 1994 und 1995: „**Frauenrechte in die Berliner Verfassung!**“

Eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation der Bürgerinnen in den europäischen Staaten leistete die Überparteiliche Fraueninitiative 1998 mit einem Internationalen Kongress: „**Europa - Union der Bürgerinnen**“. Der Kongress wurde unterstützt durch Mittel der EU und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Kongress verabschiedete eine Erklärung mit Forderungen zur Durchsetzung von Rechten für Frauen in Europa. Die Forderungen umfassen u.a. die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Einführung des Verhältniswahlrechts in allen EU-Ländern, das Verbandsklagerecht am Europäischen Gerichtshof, aktives und passives Wahlrecht aller Europäerinnen bei allen Wahlen an ihrem Wohnort in den Mitgliedsstaaten, eigenständiges Aufenthaltsrecht von Migrantinnen. Auf diese Erklärung einigten sich die Frauen aus allen am Kongress teilnehmenden Nationen von Schweden über die mittel- und ostmitteleuropäischen bis zu den südeuropäischen Ländern trotz durchaus vorhandener Konflikte - eine OECD im Kleinen. Teilnehmerinnen waren u.a.: Prof. Rita Süßmuth (Präsidentin des Deutschen Bundestages), Dr. Christine Bergmann (Senatorin), Danielle Mitterand (Präsidentin der Stiftung France Liberté), Kazimiera Prunskiene (ehemalige Staatspräsidentin von Litauen). Die 1999 thematisch anschließende Veranstaltung „**Europa der Frauen in guter Verfassung? Charta der Grundrechte oder Verfassung für die Europäische Union**“ schloss eine Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien für das Europaparlament ein. 2004 folgte eine Tagung in Kooperation mit dem Berliner Frauenrat: „**Wie weiblich ist Europa? Frauenrechte in der europäischen Verfassung**“ und die Antidiskriminierungsrichtlinien.

Ein Beispiel für das Engagement für Menschenrechte außerhalb Europas war die Podiumsdiskussion zum Thema „**Frauenrechte in Afghanistan - was kann deutsche Politik tun?**“ im November 2001. Diese Veranstaltung war für die überparteiliche Frauenpolitik ein besonders großer Erfolg, mündete die Debatte doch unmittelbar in überparteiliche Anträge im Deutschen Bundestag. Bereits im Dezember 2001 verabschiedete dann das Parlament einen Antrag von PDS, SPD, Bündnis 90 / Grüne und FDP zur „Teilnahme von Frauen am Friedensprozess in Afghanistan“ und einen inhaltlich ergänzenden Antrag der CDU zu „Rechte der Frauen in Afghanistan durchsetzen und stärken, Frauen an politischen Prozessen beteiligen“.

3. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

Um das Verfassungsgebot der Gleichberechtigung von Frauen und Männern rechtlich, verfahrensmäßig und gesellschaftlich wirksam umzusetzen, muss es entsprechende Strukturen geben und Akteurinnen und Akteure sowie politische Parteien, die sich dafür einsetzen (und nicht zuletzt die unendliche Beharrlichkeit und Frustrationstoleranz der Frauen!).

Mit Gender Mainstreaming (die Etablierung eines deutschen Fachbegriffs gelang bisher nicht) ist Ende der 90er Jahre ein Konzept der offiziellen Gleichstellungspolitik der EU verabschiedet worden. Sie ist sozusagen als Revolution von oben angelegt (Top-down-Strategie) und soll bei jeglichem Verwaltungshandeln die Situation von Männern und Frauen im Blick haben. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bezeichnet Gender Mainstreaming als Strategie, die insbesondere die Optimierung des Verwaltungshandelns im Hinblick auf die systematische Beachtung der Lebenswirklichkeiten von Männern und von Frauen bei der Planung, Durchführung und Bewertung des eigenen Handelns bezeichnet

Mit dem Prozess des Gender Budgeting soll eine Geschlechter differenzierte Planung und Folgenabschätzung der öffentlichen Haushalte und damit letztendlich eine geschlechtergerechte Verteilung der öffentlichen Mittel erreicht werden.

Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sind trotz politischer Verankerung im Senat keine Selbstläufer. Sie sind es vor allem in den Bereichen nicht, wo sie ein massives Aufholen in der Ressourcenausstattung für Frauen bedeuten würden. So richteten und richten sich zahlreiche Aktivitäten der Überparteilichen auf die Forderung nach weiterer Umsetzung dieser beiden Strategien. Um nur einige zu nennen:

- ³⁵/₁₇ 2001/2002 Forderung nach Einrichtung einer **Gender Mainstreaming-Geschäftsstelle** an einflussreicher Stelle beim Berliner Senatsfrauenressort. Ergebnis dieser Forderung war, dass der damalige Frauensenator Harald Wolf die Überparteiliche Fraueninitiative gemeinsam mit anderen Frauenprojekten in die Arbeit der Landeskommission Gender Mainstreaming einband.
- ³⁵/₁₇ Seit 2003 führen wir kontinuierlich eine Befragung aller Senatorinnen und Senatoren der Berliner Regierung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting durch: Aktiventreffen in der öffentlichen Veranstaltungsreihe „**Senatorinnen/Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin**“.
- ³⁵/₁₇ Zur geschlechtergerechten Gestaltung des Berliner Haushalts formierte sich 2005 eine **Arbeitsgruppe Gender Budget** bestehend aus: Überparteilicher Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen e.V., Berliner Frauenbund 1945 e.V., Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin (ASF). Es ist sicher auch dieser geballten Frauenpower zu danken, dass das Land Berlin Deutschland und Europa weit führend in der Umsetzung des Gender Budgeting ist.

Ein Beispiel des Engagements für Geschlechtergerechtigkeit unterstützende Strukturen über den nationalen Rahmen hinaus ist der **Barroso-Protest-Brief**“ 2005. Er ging an den EU-Präsidenten Barroso, an den deutschen EU-Kommissar Verheugen, an deutsche Abgeordnete aller Parteien der EU-Ausschüsse FEMM (Ausschuss für Frauenrechte und Chancengleichheit) und LIBRE (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres). Der Protestbrief wandte sich gegen die Zusammenlegung des Programms zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder mit dem Anti-Drogenprogramm. Damit wäre auch verbunden gewesen, dass das Anti-Gewalt-Programm nicht mehr in der Verantwortung der FEMM gelegen hätte.

Der offene Brief **„Bildungsverlierer auf dem Weg zum Chefsessel?“** an Ministerien und Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Deutschen Bundestages war 2011 die Antwort auf Umstrukturierungen im gleichstellungspolitischen Haushalt des BMFSFJ zulasten der Förderung von Mädchen und Frauen. Er war zugleich eine Reaktion auf zahlreiche Debatten-Beiträge in den Medien, die den Tenor bekräftigten, dass genügend Gender Mainstreaming zugunsten von Mädchen und Frauen statt gefunden hätte und nunmehr die Förderung von Jungen und Männern Vorrang haben müsse.

4. Förderung einer Fraueninfrastruktur

Ohne die beharrliche Arbeit von Frauenprojekten, ohne Frauennetzwerke und Fraueninfrastruktur wird der geschlechtergerechte Anteil von Mädchen und Frauen an den gesellschaftlichen Ressourcen noch sehr, sehr lange auf sich warten lassen. Hier äußerte sich das Engagement der Überparteilichen weniger in speziellen Aktivitäten, wie z.B. in der Presseerklärung von 1993 gegen die Streichung von Mitteln für Berliner Frauen-Gesundheits-Projekte und in der Presseerklärung 1994 zum Nachtragshaushalt mit der Forderung, die Berliner Fraueninfrastruktur zu erhalten und auszubauen. Vielmehr war und bleibt der Erhalt und Ausbau einer Fraueninfrastruktur kontinuierlich Thema in der Veranstaltungsreihe „Senatorinnen/Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin“, in der Mitarbeit im Frauenpolitischen Beirat und in den Arbeitsgruppen Hartz bzw. Frauen-Arbeit-Politik (AG-FAP) und Gender Budget

5. Netzwerke als Arbeitsziel

1992 bei Gründung der Überparteilichen Fraueninitiative war die Kommunikation über das Internet noch nicht üblich. Erst mit der rapiden Durchdringung aller öffentlichen und auch zivilgesellschaftlichen Bereiche durch das Internet entwickelte sich ein Netzwerk-Selbstverständnis. Einladungen, Textabstimmungen, Informationsaustausch über politische Entwicklungen, Mobilisierungskampagnen - all das wurde einfacher und eröffnete auch für uns neue Tätigkeitsfelder.

Unserem Selbstverständnis und der politischen Zielsetzung als einer überparteilichen politischen Plattform von Frauen aus allen demokratischen Parteien kam diese Entwicklung sehr entgegen. Wir konnten so schon vorhandene Netzwerk-Ansätze weiterentwickeln. Zum Beispiel konnten wir dazu beitragen, Frauenprojekte kennen zu lernen und bekannt zu machen und in den Erfahrungsaustausch mit ihnen zu treten.

Auf das Kennenlernen von Frauenprojekten und das Ausloten möglicher Kooperationen legte die Überparteiliche Fraueninitiative von Anfang an großen Wert. Beispielhaft war hier das Politische Frauenfrühstück 1993 mit Frauenprojekten aus Ost und West, um Chancen, Grenzen und Ziele kooperierender Frauenpolitik innerhalb und außerhalb des Parlaments zu erkunden. **Ost-West** als Thema war im übrigen weniger Gegenstand von Veranstaltungen als vielmehr kontinuierlicher Blickwinkel und Gegenstand eines ständigen Diskurses, arbeiteten doch in der Überparteilichen Fraueninitiative Ost- und Westfrauen von Beginn an zusammen.

Der Jubiläums-Kongress „**frauen sichten politik. Ost-West 1998-2009**“ zeigte allerdings, dass dort, wo kontinuierlicher Diskurs nicht stattfand, nach wie vor viel aufzuarbeiten ist. Und der Kongress machte auch deutlich, dass noch nicht alle Verletzungen aus dem Prozess des Zusammenwachsens verheilt sind. Ein weiteres Jubiläum sollte Anlass für einen weiteren Kongress sein.

Nicht nur für die Begegnungen Ost-West, sondern insgesamt für das Kennenlernen von Frauenprojekten und die Festigung von Frauennetzwerken boten und bieten unsere **Neujahrsempfänge** eine sehr gute Gelegenheit. Inzwischen sind die Neujahrsempfänge der Überparteilichen Fraueninitiative im Abgeordnetenhaus ein feststehender Termin in Berlin für das Frauennetzwerk der Stadt mit regelmäßig rund 250 Teilnehmerinnen aus allen Parteien und Fraktionen, Frauenprojekten, Berliner Verwaltungen, Unternehmen und Medien.

6. Zukunft der Arbeit, Einkommen, Sozialversicherung und Gender

Nach mehreren einzelnen Veranstaltungen in den 90er Jahren rückte dieser Themenkreis nach der Veröffentlichung des Hartz-Papiers „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in den Vordergrund der Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative. Zwei Aktiventreffen im Herbst 2002 befassten sich mit dem Hartz-Papier und analysierten insbesondere, dass die gleichstellungspolitische Relevanz enttäuschend sei. Ein Forderungskatalog wurde erarbeitet.

Die folgenden Veranstaltungen im Jahr 2003 „**Was bringt Hartz für Frauen?**“ (aus dieser Veranstaltung heraus wurde ein Offener Brief an die Mitglieder des Bundestages verabschiedet) und „**Wer nichts hat, d e r wird nichts gegeben**“ fand in Kooperation mit anderen Frauenorganisationen statt. Aus der Kooperation mit dem Berliner Frauenbund und weiteren Kooperationspartnerinnen entwickelte sich die AG Hartz die unter diesem Namen bis 2006 weitere Veranstaltungen durchführte. Hervorzuheben ist insbesondere die Tagung „**Deutsche Politik und ihre Auswirkungen auf Lebensentwürfe von Frauen im europäischen Vergleich**“ vom Herbst 2004, die 2005 in einer Broschüre dokumentiert wurde.

Ab 2006 erweiterte die AG Hartz ihr thematisches Spektrum und nennt sich seitdem Arbeitsgemeinschaft Frauen-Arbeit-Politik (AG FAP) - ein überparteiliches Bündnis frauenpolitischer Verbände, Organisationen, Initiativen und Personen in Berlin.

Zu den neueren Aktivitäten der AG FAP gehörten u. a. 2010 der offene Brief zum Reformbedarf bei den Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an Mitglieder der hier relevanten Ausschüsse im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus und 2011 die Tagung zur Reform der Bedarfsgemeinschaft.

Der Dienstleistungssektor war Gegenstand der Tagung „**Frauen - Dienstmädchen der Nation?!? Die Zukunft des sozialen Dienstleistungssektors - ein europäischer Vergleich**“, die die Überparteiliche 2007 durchführte. Die Ergebnisse wurden in einer Dokumentation veröffentlicht.

Die Zukunft der Arbeitssituation von Frauen war auch ein Schwerpunkt auf einer weiteren Tagung 2007: „**Demographischer Wandel und Gender - ein blinder Fleck?**“ Die Ergebnisse dieser Tagung wurden gleichfalls in einer Broschüre zusammengefasst. Das Thema „Demographischer Wandel und Gender - ein blinder Fleck?“ wurde im März 2012 im Rahmen eines **Fachgesprächs** mit den Frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Abgeordnetenhaus, Vertreterinnen und Vertretern der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Arbeit, Integration und Frauen sowie Gesundheit und Soziales und mit Gesprächspartnerinnen aus Forschung und Beratung erneut aufgegriffen.

In vielen dieser Veranstaltungen wurden auch Visionen möglicher anderer gesellschaftlicher Modelle einer gerechteren - vor allem gender gerechten - Verteilung der Ressourcen angesprochen. Beispiel der Auseinandersetzung mit einem anderen Modell der Grundsicherung war die Veranstaltung Überparteilicher Runder Tisch der Frauen zum Thema: „**Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) - Traum oder Albtraum für Frauen?**“ 2007.

7. Überparteilicher Wahlkampf für frauenpolitische Forderungen, Wahlprüfsteine

Der überparteiliche Einsatz für frauenpolitische Forderungen war die Gründungsidee der Überparteilichen Fraueninitiative. Der frauenpolitische Diskurs mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Senatorinnen und Senatoren der jeweiligen Regierungsparteien einerseits und das Hineinwirken in die jeweils eigene bzw. nahe stehende Partei prägte die Arbeit von Vorstandsfrauen und Aktiven von Anfang an. In Wahlkampfzeiten war das keine leichte Aufgabe, waren die meisten doch in der Regel auch leidenschaftliche Parteifrauen. Aber es gelang im Rahmen des erprobten Verhaltenskodex und des zugewandten, respektvollen Umgangs miteinander erstaunlich gut.

Einen öffentlichen Ausdruck fand der überparteiliche Wahlkampf insbesondere vor den Berliner Wahlen 2001. Hier wurden in Kooperation mit anderen Frauennetzwerken und -projekten sehr intensiv Wahlprüfsteine mit Forderungen zur Frauen- und Gender-Mainstreaming-Politik erarbeitet. Die so gebündelte Frauen-Power bewirkte, dass die fünf Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten und deren Parteien schriftlich zu den Fragen Stellung nahmen. Diese Antworten der Parteien wurden auf die Homepage der Überparteilichen Fraueninitiative und der SPD gestellt und waren Grundlage der Diskussionen der Parteienvertreterinnen und -vertreter bei Wahlveranstaltungen. Sie wurden schließlich zu einer der Grundlagen der Koalitionsverhandlungen.

In den Folgejahren war es wiederum die bewährte Reihe „Senatorinnen/Senatoren nachgefragt“, die den kontinuierlichen Rahmen für das Abfragen der Erfüllung frauenpolitischer Forderungen gab.

8. Religion - Politik - Gender, interreligiöser und interkultureller Dialog

Der gemeinsam erarbeitete und auch in heißesten Wahlkampfzeiten praktizierte respektvolle, wertschätzende Umgang zwischen den Mitgliedern der Überparteilichen Fraueninitiative prädestinierte sie auch in besonderer Weise für den interreligiösen und interkulturellen Dialog. Im Zentrum dieser Arbeit standen zwei große Projekte: „**Sarah-Hagar - Religion, Politik, Gender**“ und „**Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen**“.

Für das Projekt Sarah-Hagar wurde die Überparteilichen Fraueninitiative 2005 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz mit einem Preis ausgezeichnet.

Im Lernhaus-Projekt (2005- 2008) war die Überparteiliche Fraueninitiative in einer Doppelrolle:

Einerseits Trägerin des Berliner Lernhauses, andererseits gemeinsam mit der Katholischen Fachhochschule (jetzt: Katholische Hochschule) Nordrhein-Westfalen verantwortlich für das Gesamtprojekt, das noch zwei weitere Lernhäuser in Köln und Frankfurt a. M. umfasste. Das Projekt war sehr erfolgreich, die Lernhausidee lebt weiter und hat Folgeprojekte gefunden. Aber: Das Lernhausprojekt zeigte auch die Grenzen des Leistbaren für die Überparteiliche, einen kleinen, freien Träger ohne nennenswerte materielle Ressourcen, auf. Und bei allem Erfolg: Es gelang leider nicht, einen Träger für ein weiteres Berliner Lernhaus zu finden.

II. Beispiele von Veranstaltungen, die aktuelle und spezielle Themen und Anlässe aufgriffen

1. Frauen und Medien, Frauen in den Medien

Vor allem in den 90er Jahren gab es zahlreiche Anlässe, gegen Frauen diskriminierende Beiträge und Werbekampagnen vorzugehen, so etwa 1995 gegen ein sexistisches Werbeplakat des Senders 100,6 und von Kaisers Kaffeegeschäft. Die Überparteiliche Fraueninitiative prangerte diese und ähnliche Vorfälle in Protestbriefen an den Deutschen Werberat an. In einem Falle gelang es, dass die Werbung zurückgezogen wurde.

Eine Art Standortbestimmung wurde 1994 mit der öffentlichen Veranstaltung:

„Frauen-Medien-Macht. Nachholbedarf einer jungen Beziehung“ versucht.

Diskussionspartnerinnen und -partner waren Vertreterinnen und Vertreter aus Fernsehredaktionen und Printmedien.

Im gleichen Jahr war ein Protestschreiben gegen den Plan, die Frauensendung ZEITPUNKTE zu streichen, erfolgreich.

2003 setzte sich die Überparteiliche in einem offenen Brief an die Mitglieder des RBB-Rundfunkrates für die Wahl einer Intendantin ein. Sie wies in diesem Zusammenhang auf die skandalöse Tatsache hin, dass es zu dem Zeitpunkt noch keine einzige Intendantin in einem öffentlich-rechtlichen Sender gab.

2. Frauen und Gesundheit

Die Notwendigkeit einer verbesserten Prävention war 2003 Anlass für die Veranstaltung **„Brustkrebs und Public Health: Brustkrebsaufklärung und Prävention als politische Herausforderungen“**. U. a. wurden verschiedene Initiativen wie der Nationale Aktionsplan Prävention des Bundesgesundheitsministeriums vorgestellt. Im Anschluss an die Diskussion mit der zuständigen Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner und den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen schlug die Überparteiliche Fraueninitiative Schwerpunkte für ein Geschlechter sensibles Gesundheitsinformationsgesetz vor.

Das Thema Gesundheitsförderung und Prävention wurde auch bei dem Aktiventreffen 2008 mit Senatorin Katrin Lompscher aufgegriffen. Ein besonderer Schwerpunkt war hierbei die Einbeziehung von Migrantinnen in Gesundheitsförderung und Prävention.

3. Frauen und Wissenschaft

Nicht zuletzt die kurz vor dem Abschluss stehenden Berliner Hochschulverträge gaben im Mai 2009 den Anlass zur Tagung **„Frauen - Wissenschaft - Karriere?“** Durchgehende Themen der Veranstaltung waren: Zugang von Frauen zu Hochschulen, Chancengleichheit und Förderung von Frauen an der Hochschule und in der Forschung, Frauen- und Geschlechterforschung und die

Implementierung der Ergebnisse des Innovationspotential der Gender Studies für die Wissenschaft. Im ersten Veranstaltungsteil gab es eine Podiumsdiskussion mit Senator Prof. Dr. Jürgen Zöllner. Im zweiten Teil wurden in einer Diskussionsrunde der Frauen- und Wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen des Abgeordnetenhauses u. a. Vorschläge auf ihre machbare politische Umsetzbarkeit hin untersucht. Von dem höchst spannenden inhaltlichen Ablauf abgesehen war das Besondere dieser Tagung, dass es der Überparteilichen in einer intensiven Vorbereitungsphase gelungen war, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an den Berliner Hochschulen afg, die Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen LaKoF und die Landesvertretung Akademischer Mittelbau Berlin LAMB als Kooperationspartnerinnen an Bord zu holen. Bei der Tagung wurden viele Probleme besprochen, über ein Thema gab es nichts zu klagen: Zahl und Hochschulzugang der weiblichen Studierenden. Das war vor 100 Jahren anders, wie die Festveranstaltung „**100 Jahre Studium der Frauen in Preußen**“ 2008 in Erinnerung rief. Die Überparteiliche Fraueninitiative gehörte zu den Unterstützerinnen der Veranstaltung.

4. Frauen in Obdachlosigkeit/Notbernachtung

Mit der Situation obdachloser Frauen sind in Berlin mehrere Ressorts befasst, so dass die sehr vielschichtige Problematik von Frauenobdachlosigkeit (noch) nicht mit einer effektiven Bündelung und Koordinierung in den Verwaltungs- und Hilfestrukturen beantwortet wird.

Da der Versuch, die gesamte Problematik aufzugreifen, die Möglichkeiten der Überparteilichen Fraueninitiative überschreiten würde, haben wir Ende 2010 begonnen, einen Teilbereich, den der niedrighschwelligigen Notübernachtung, bei dem Nachfrage und Platzzahl in einem besonders krassen Missverhältnis stehen, gemeinsam mit den dort arbeitenden Fachfrauen aufzugreifen. Bei denen, die in der Notunterkunft nachfragen, haben wir es mit Frauen in einer extrem prekären Situation zu tun, sozusagen mit den Ärmsten der Armen, die in keiner Hilfestruktur sind.

Wir begannen mit einer umfassenden, detaillierten Information (erarbeitet von den Fachfrauen) über die aktuelle Situation obdachloser Frauen, insbesondere darüber, wie sehr sich ihre Situation von denen obdachloser Männer unterscheidet. Obdachlose Frauen sind - anders als Männer - in der Öffentlichkeit quasi unsichtbar. Fast alle haben Gewalt-Erfahrungen. Sie versuchen sehr lange, ihre Situation zu verbergen, nehmen trotz der Bündelung gravierender Probleme erst sehr spät Hilfe an, sind immer in Gefahr, sich für einen Schlafplatz prostituieren zu müssen. Umso wichtiger ist einerseits die konkrete Hilfestellung, andererseits aber die Entwicklung und Koordinierung eines Geschlechter sensiblen Hilfskonzepts.

Die Überparteiliche Fraueninitiative lud zu einem Interfraktionellen Gespräch im Januar 2012 ein, eine Einladung, die alle Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus positiv beantworteten. Im September 2012 haben die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Integration, berufliche Bildung und Frauen sich fraktionsübergreifend für die Weiterführung der niedrighschwelligigen, frauenspezifischen Hilfsangebote der Wohnungslosenhilfe ausgesprochen. Es sieht so aus, dass wir auf dem Weg zu einer Geschlechter sensiblen Hilfe für obdachlose Frauen einen Schritt weiter gekommen sind.

5. Frauen im Strafvollzug

„**Hilfe statt Strafe**“ war das Thema der Podiumsdiskussion über Frauen im Strafvollzug, die die Überparteiliche 1993 veranstaltete. Sie schloss mit der Verabschiedung eines Forderungskatalogs an Gesetzgebung und Justizverwaltung.

In der Reihe „Senatorinnen/Senatoren nachgefragt“ konnten von Zeit zu Zeit Aspekte der Entwicklung im Berliner Frauenstrafvollzug verfolgt werden. Dabei gab es eine Reihe von Verbesserungen, vor allem im Bereich des Nachholens schulischer Bildung und der Qualifizierung der Gefangenen allgemein. Aber auch in der Förderung der Kreativität (z.B. Theaterprojekt) und in einem koordinierten Übergangsmanagement, das die Schritte in das Leben nach dem Strafvollzug begleiten und die Rückfallgefahr mindern soll, sind Verbesserungen zu verzeichnen.

Berlin hat - anders als einige andere Bundesländer - eine eigene Frauenhaftanstalt, dennoch steht der Frauenstrafvollzug generell eher am Rande der Betrachtung innerhalb des gesamten Justizwesens, da nur rund 5% der Gefangenen Frauen sind. Die Forderung nach einer Geschlechter gerechten Ausgestaltung des Vollzugs bleibt aufrecht erhalten. Für die Frauen sind - um nur eines zu nennen - andere therapeutische Angebote nötig, die den traumatischen Erfahrungen vieler weiblicher Gefangener mit Abhängigkeit und Gewalt Rechnung tragen.

6. Chinareise einer zivilgesellschaftlichen Berliner Frauen-Delegation

Auf Einladung der Überparteilichen Fraueninitiative und in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Berlin führen 20 politisch engagierte Frauen 2007 nach China. Unterstützt wurde die Vorbereitung durch das Senatskanzlei-Referat Ostasien/Städtepartnerschaften mit Peking und Tokio und die Deutsch-Chinesische Gesellschaft für bilateralen Wirtschafts- und Kulturaustausch e.V..

Ziel war es, Kenntnisse über die frauen-, gender- und familienpolitische Situation in China zu vertiefen. Dank der Unterstützung im Vorfeld gab es intensive fachliche Kontakte zu Vertreterinnen und Vertretern aus Parteiorganisationen, Gewerkschaft und Frauenorganisationen. Aus Ergebnissen, Einschätzungen und diskutierten Vorschlägen stimmten die Teilnehmerinnen einen Bericht ab, den sie dem Regierenden Bürgermeister und einigen Fachverwaltungen zur Verfügung stellten.

III. Fazit und Perspektiven

1. Ein großer Dank und ein kleines Fazit

Für einen relativ kleinen, rein ehrenamtlich arbeitenden Verein ist das eine recht ansehnliche Arbeitsbilanz. Noch dazu wenn man bedenkt, dass die materiellen Ressourcen hauptsächlich aus den Mitgliedsbeiträgen bestehen, deren größter Teil wiederum in die Gestaltung des traditionellen Neujahrsempfangs fließt. Für Projekte und Großveranstaltungen müssen jeweils Mittel eingeworben werden.

Die Arbeitsbilanz wäre ohne die tatkräftige und vielfältige Unterstützung, die wir über die Jahre erfahren haben, nicht möglich gewesen. Zu danken ist den vielen aktiven, politisch engagierten Frauen aus dem Parlament, den politischen Parteien, aus Projekten und Organisationen aus vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die unsere Arbeit begleiteten. Zu danken ist den Kooperationspartnerinnen zahlreicher gemeinsamer Veranstaltungen, allen voran anderen Frauenorganisationen und Frauennetzwerken. Zu danken ist den Institutionen, Organisationen und Senatsverwaltungen sowie Ministerien, die uns Mittel für unsere großen Veranstaltungen und Projekte bewilligten. Zu danken ist vor allem auch dem jeweiligen Parlamentspräsidium des Berliner Abgeordnetenhauses, das uns für viele Veranstaltungen die Nutzung von Räumen im Abgeordnetenhaus ermöglichte.

Dass wir so viel Unterstützung erfahren und so viele Türen für uns offen standen, hängt mit der Wertschätzung unseres Konzepts und der Art, wie wir es umsetzen, zusammen. In Zeiten, in denen ein Großteil der politischen Alltagsarbeit im Hervorheben der Differenzen, in der Abgrenzung von und nicht in der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften liegt, bleibt die Sehnsucht nach konstruktiveren Formen des politischen Engagements lebendig.

Die Überparteiliche Fraueninitiative hat sich nie vor deutlichen Worten gescheut, aber ihre Veranstaltungen sind keine Kampfarenen, sondern Zeit-Räume des gemeinsamen, respektvollen Ringens um Erkenntnisse und Lösungen. Dafür ist die Überparteiliche einstmals gegründet worden, und dieser Gründungsidee fühlen wir uns nach wie vor verpflichtet. Mit diesem Vorgehen haben wir längst nicht alles erreicht, was wir für Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit erreichen wollten, aber doch in vielen Bereichen Anstöße gegeben, gemeinsam mit Anderen Verbesserungen auf den Weg gebracht oder Verschlechterungen verhindert.

2. Wie soll es weitergehen?

Von den Themen mit grundlegender politischer und struktureller Bedeutung, mit denen sich die Überparteiliche Fraueninitiative seit ihrer Gründung auseinandergesetzt hat, ist keines abgeschlossen. Der Kampf für Frauen- und Menschenrechte und gegen Rassismus und Sexismus hat nichts von seiner Dringlichkeit verloren, vor allem dann nicht, wenn unser politisches Engagement nach wie vor nicht nur auf unser eigenes Land bezogen wird.

Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sind noch lange keine Selbstläufer, sondern müssen eingefordert werden. Nicht zuletzt dafür bleiben Frauenprojekte und Fraueninfrastruktur unersetzbar. Die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit, um menschenwürdige Entlohnung und Grundsicherung, um die Systeme der sozialen Sicherung insgesamt unter den Bedingungen des demografischen Wandels werden an Schärfe zunehmen. Ein gelingender interreligiöser und interkultureller Dialog wird an gesellschaftlicher Bedeutung zunehmen.

Und die Aufgabe, gesellschaftspolitische Forderungen zu erarbeiten, sie den Repräsentantinnen und Repräsentanten demokratischer Parteien zu stellen, für Wahlen zu motivieren, die Einlösung von Wahlversprechen zu überwachen gehört zu den Grundlagen für eine demokratische Zivilgesellschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger.

Die wichtigen Themen werden uns also nicht ausgehen, und die alten Themen werden weitgehend auch die neuen in den kommenden Jahren unserer Arbeit sein. Entscheidend ist eher, wie die Themen umgesetzt werden. Jeweils neu zu überlegen und abzuwägen bleibt, welche inhaltlichen Akzente in diesen großen Themenbereichen gesetzt, in welcher Form sie angeboten werden. Einige inhaltliche Akzentuierungen zeichnen sich schon ab.

³⁵₁₇ Der parlamentarische Dialog gewinnt in einer sich relativ schnell ändernden Parteienlandschaft eine besondere Bedeutung. Generell wäre ein Blick auf die Zukunft der Parteienlandschaft unter Gender politischen Aspekten dringlich.

³⁵₁₇ Die jüngeren Generationen müssen flexiblere Entwürfe und Wege für Ausbildung und Arbeitsleben und ihre Verknüpfung mit Partner- und Elternschaft finden. Das alte, starre, aber einen sicheren Rahmen und Planbarkeit vermittelnde Muster „Eine Ausbildung - ein Beruf - Arbeitszeit (oder Familienzeit) - Rente/Alterssicherung“ existiert nicht mehr. Die Vorstellungen von jüngeren Frauen, wie sie mit diesem Wandel der Arbeitswelt umgehen wollen, was sie leisten und erreichen wollen, was für sie eine gute Life-Work-Balance wäre, welche Wünsche sie an ein gut gelingendes Leben haben, sollten mehr Raum erhalten. Einige dieser Fragen werden auch Gegenstand des Kongresses zum zwanzigjährigen Bestehen der Überparteilichen sein.

³⁵₁₇ Anders als die angelsächsischen Staaten haben wir keine lange Tradition der krassen Gegensätze von Arm und Reich. Aber auch bei uns geht die Schere zwischen Arm und Reich ständig auseinander, und es zeichnet sich schon ab, dass einem hohen Prozentsatz der jetzt arbeitenden Frauen die Altersarmut droht. Damit erhalten einerseits alle damit zusammenhängenden Fragen einer Gender orientierten Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik und einer Politik des Systems der sozialen Sicherung insgesamt neue Dringlichkeit.

³⁵₁₇ Andererseits kommen Fragen in den Vordergrund, wie der wachsenden Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft begegnet werden kann. Wenn man der Sinus-Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche 2012?“ folgt, so grenzen sich schon 14- bis 17-Jährige aus der Mittelschicht deutlich von Jugendlichen aus prekären Verhältnissen ab, und diese spüren die Entsolidarisierung.

Was sich in eigenen und in Kooperationsveranstaltungen bewährt hat, ist die exzellente Aufarbeitung

des jeweiligen Themas, seine Einordnung in größere Zusammenhänge, seine praxisorientierte Detailgenauigkeit in Kombination mit der Aufbereitung und Rückkoppelung der Ergebnisse in den Raum politischen Handelns (und das bei guter Kenntnis dieses Raumes).

Es scheint, dass in einer Zeit, in der wir wie nie zuvor unbegrenzten Zugriff auf nebeneinander stehende Fakten, Theorien, Meinungen haben und mit Informationen und Wissensbrocken gleichsam überflutet werden, etwas besonders kostbar wird: Zeit und Gelegenheit zum übergreifenden, respektvollen, engagierten Diskurs mit dem Ziel, uns gemeinsam inhaltliche Positionen zu erarbeiten, sie einzuordnen und für politisches Handeln aufzubereiten. Diesen Diskurs möchten wir auch in den kommenden Jahren weiter führen.

Wenn Sie sich beteiligen wollen an der Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative, so sind Sie herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen und über alle sachkundige Unterstützung. Sie finden uns unter:

www.berlin-stadtderfrauen.de